



BUNDESVERBAND
MUSIKUNTERRICHT

BFG Bundesfachgruppe
Musikpädagogik

Deutscher Musikrat e. V.
Generalsekretariat
Schumannstraße 17
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 308810 - 10
generalsekretariat@musikrat.de

Pressemitteilung

www.musikrat.de

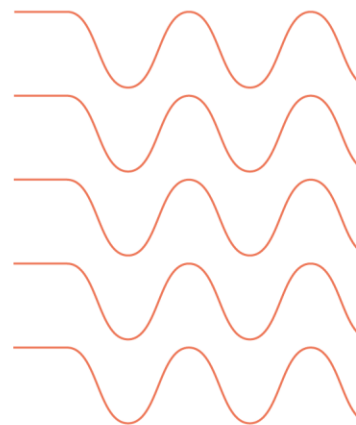
Zur Fête de la Musique 2024: Lasst uns die musikalische Bildung sichern – als Treibstoff für das Musikleben und unsere Demokratie!

Jedes Jahr am 21. Juni wird mit der Fête de la Musique in über 1000 Städten weltweit, darunter an über 140 Orten in Deutschland, ein einzigartiges musikalisches Fest gefeiert. Die Fête de la Musique hat sich längst zu einem internationalen Phänomen entwickelt, das Menschen in und aus allen Ecken der Welt zusammenbringt, um gemeinsam die Vielfalt und Kraft der Musik zu feiern. Denn Musik spielt – nicht nur am 21. Juni – für einen Großteil der Menschen eine bedeutende Rolle in ihrem Leben.

Doch mit Sorge beobachten wir, wie die Wurzel dieses vielfältigen und bereichernden Musiklebens, die musikalische Bildung, in Deutschland in ernsthafte Bedrängnis kommt, insbesondere an Schulen: Qualifizierte Musiklehrkräfte fehlen überall, so dass der Musikunterricht, Musik-AGs und -Ensembles immer öfter ausfallen oder in ihren Stunden reduziert werden. Dass dennoch bisher nach wie vor knapp die Hälfte aller Kinder zwischen 6 und 15 Jahren in Deutschland ein Instrument spielt oder im Chor singt, wie die 2021 veröffentlichte „Amateurmusik-Studie“ des Deutschen Musikinformationszentrums belegt, ist zu einem großen Teil den öffentlichen und freien Musikschulen, den selbständig Unterrichtenden und der aktiven Amateurmusikszene bundesweit zu verdanken. Doch auch diese stehen zunehmend unter Druck und benötigen Unterstützung.

Der Deutsche Musikrat und seine Mitgliedsverbände fordern daher von den Ländern:

- Musik muss als eigenständiges Schulfach erhalten bleiben und durchgängig in allen Schulformen unterrichtet werden.
- Schulen müssen hierfür adäquat ausgestattet werden und über Projektbudgets für musikalische Bildung verfügen.
- Für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab August 2026 müssen entsprechende zusätzliche Fachkräfte und Räume auch für die musikalische Bildung bereitgestellt werden.
- Dem Musiklehrkräftemangel ist durch vermehrte Aus-, Fort- und Weiterbildung zu begegnen.
- Öffentliche Musikschulen müssen ausreichend gefördert werden, mit einem angemessenen Anteil des jeweiligen Bundeslandes.



Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

- Studienvorbereitende Abteilungen in Musikschulen müssen auch die musikpädagogische Exzellenz des Nachwuchses fördern.
- Das Potenzial von Musikerinnen und Musikern mit Zuwanderungsgeschichte muss auch im musikpädagogischen Bereich verstärkt anerkannt werden, indem entsprechende Studienmöglichkeiten eingerichtet werden.

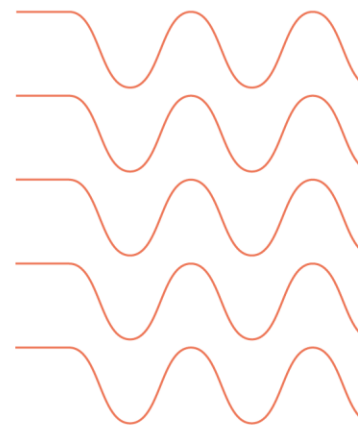
Wir fordern vom Bund:

- Die Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder in prekären Verhältnissen müssen aufgestockt werden.
- Musikalische Bildung muss generell umsatzsteuerfrei bleiben.

Hierzu **Antje Valentin**, Generalsekretärin des Deutschen Musikrates: „Es ist erwiesen, dass musikalische Aktivitäten von früh auf Sprachentwicklung und soziales Verhalten fördern, Integration und Inklusion erleichtern und eine Quelle von Gemeinsamkeit und Resilienz sind. Selbstwirksamkeit, Kreativität, Sensibilität und Teamfähigkeit werden durch gemeinsames Musizieren gefördert. Damit ist Musik ein wichtiger Baustein für die Demokratiebildung. Angesichts einer Gesellschaft, in der zunehmend der Kitt des Zusammenhalts fehlt, ist es unverzichtbar, allen Menschen in ihrer gesamten Lebensspanne über die Musik Teilhabe und Austausch zu ermöglichen.“

Hierzu **Friedrich-Koh Dolge**, Bundesvorsitzender des Verbands deutscher Musikschulen: „Musikschulen stehen unter hohem Druck, ihre oftmals bisher als Honorarkräfte unterrichtenden Lehrkräfte anzustellen. Es ist aus Sicht der sozialen Absicherung und der Verbesserung des Berufsbildes begrüßenswert, allerdings könnte dies gleichzeitig Träger von Musikschulen in eine schwierige finanzielle Lage bringen und damit die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen vor Ort massiv gefährden. Hinzu kommt, dass selbständig Instrumente und Gesang Unterrichtende künftig umsatzsteuerpflichtig werden könnten. Hier sind alle staatlichen Ebenen aufgefordert, gemeinsam schnellstmöglich nach Lösungen zu suchen. Unsere Eltern und unsere Musikschulträger werden die finanziellen Mehrbelastungen nicht alleine auffangen können.“

Hierzu **Prof. Christian Höppner**, Präsident des Deutschen Tonkünstlerverbandes: „Musik machen und bessere Rahmenbedingungen für die Musik einfordern prägen von Anfang an den Tag der Musik. Zusammen mit der Fête de la Musique lässt sich das Engagement für die musikalische Vielfalt in unserem Land noch wirkungsvoller gestalten.“





BUNDESVERBAND
MUSIKUNTERRICHT

BFG Bundesfachgruppe
Musikpädagogik

Deutscher Musikrat e. V.
Generalsekretariat
Schumannstraße 17
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 308810 - 10
generalsekretariat@musikrat.de

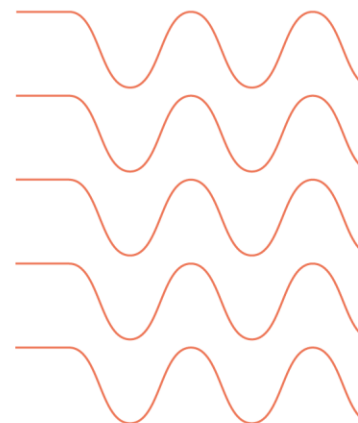
www.musikrat.de

Hierzu **Mario Müller**, Vorstandsvorsitzender des Verbands der freien Musikschulen: „Mir machen die derzeitigen politischen Entwicklung ebenfalls große Sorgen. Sollte eine Umsatzsteuerpflicht für Musikschulen sowie eine gefühlte Verpflichtung, alle Dozentinnen und Dozenten in Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu überführen, kommen, wäre das für viele Musikschulen das Ende, da die dadurch entstehenden Beiträge viele Familien nicht mehr zahlen können. Musikalische Bildung darf kein Luxusgut werden!“

Hierzu **Dr. Georg Biegholdt und Prof. Dr. Jürgen Oberschmidt**, Präsidenten des Bundesverbands Musikunterrichts: „Durchgängiger und von Fachkräften erteilter Musikunterricht an den allgemeinbildenden Schulen ist das Fundament musikalischer Bildung! Zahlreiche erfolgreiche Modellprojekte wie Musik-Kitas, musikbetonte Grundschulen, weiterführende Schulen mit Musikzweigen und Kooperationen zwischen Musikschulen, Schulen und Amateurmusik zeigen darüber hinaus, wie musikalische Bildung gemeinsam gestaltet werden kann. Hier besteht eine große Diskrepanz zwischen Erkenntnislage und Umsetzung in der Breite, denn diese Erfolgsmodelle müssen multipliziert und kontinuierlich umgesetzt werden.“

Hierzu **Prof. Dr. Thomas Busch**, Vorstandsvorsitzender der Bundesfachgruppe Musikpädagogik: „Der Lehrkräftemangel im Fach Musik gefährdet den Musikunterricht. Nun brauchen wir politische Unterstützung für zusätzliche alternative Wege der Lehrkräftebildung unter Führung der Hochschulen. Wir müssen eine breitere Gruppe von Menschen für ein Studium des Lehramts Musik begeistern und sie in unseren Hochschulen willkommen heißen. Und wir brauchen eine Politik, die den Beruf der Musiklehrkraft attraktiv macht, anstatt die Rahmenbedingungen – zum Beispiel durch die Einschränkung von Teilzeitarbeit – weiter zu verschlechtern.“

19. Juni 2024



Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien